



## *Brief aus Straßburg*

**Dr. Renate Sommer**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 48; September II 2006**

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

gleich zwei Staatsgäste begrüßten wir in der zweiten September-Straßburgwoche: Den Ministerpräsidenten des Libanon, Herrn Siniora, und die Präsidentin der Republik Liberia, Ellen Johnson Sirleaf. Liberia steht nach 15 Jahren Bürgerkrieg, in dem 10 % der ursprünglich drei Mio. Einwohner ermordet und eine Mio. Menschen zur Flucht gezwungen wurden, vor einem völligen Neuanfang und bittet die EU um Hilfe. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 80 % der Bevölkerung, und 90 % der Menschen dort leben von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Das Land eint nun die Sehnsucht nach einem Leben in Frieden, nach Ausbildung und einem einfachen Auskommen für die Familien. Derartige Schilderungen erinnern uns immer wieder daran, wie wichtig es ist, das seit Jahrzehnten erfolgreiche Friedensprojekt EU weiter voranzutreiben!

Ministerpräsident Siniora trat anders auf: Er zeichnete nicht nur ein dramatisches Bild der Lage im Libanon und griff massiv den Staat Israel an, sondern wies auch jegliche Mitverantwortung des Libanon an diesem "ungerechten Krieg" weit von sich. Eine internationale Geberkonferenz müsse es nun geben, denn schließlich seien vier Jahrzehnte "aufzuarbeiten". Unser Fraktionsvorsitzender Hans-Gert Pöttering antwortete, dass die Achtung der Würde

des Menschen auch für Israel gelten müsse: Israel habe genauso wie der Libanon das Recht, in Frieden und Integrität zu leben. Dieses Recht dürfe nicht angetastet werden, schon gar nicht von einem "Staat im Staate", wie er mit der Hisbollah im Libanon existiere!

### **Ab 2007 eine EU der 27**

Wie befürchtet befürwortet die EU-Kommission dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU zum 1. Januar 2007. Allerdings soll dies zunächst eine Mitgliedschaft zweiter Klasse sein: Nur wenn diese Beitrittsländer weitere Fortschritte zeigen, verzichtet die Kommission auf eine Verschiebung des Beitrittstermins um ein Jahr. Die beiden Länder müssen ihre innenpolitischen Probleme, wie Korruption, organisiertes Verbrechen und Mängel in den Justiz- und Verwaltungsapparaten lösen. Anderenfalls wird es eine sehr schmerzhaft Kappung der EU-Subventionen für Landwirtschaft und regionale Entwicklung sowie gegebenenfalls einen Ausschluss dieser Länder aus den politischen Entscheidungen der EU geben. Meine Meinung: Der Kardinalfehler von Kommission und Rat bestand darin, Bulgarien und Rumänien schon vor fast zwei Jahren den Beitrittstermin zuzusichern, obwohl diese Länder ganz offensichtlich nicht in der Lage waren, die genannten Rückstände

rechtzeitig abzubauen. Die CDU/CSU-Gruppe im EP hatte seinerzeit gegen diese Entscheidung protestiert, konnte aber nur noch die Option aushandeln, dass der Beitritt evtl. um ein Jahr nach hinten verschoben wird. Diese Verschiebung wäre aber jetzt sinnlos, weil die beiden Länder sich nur noch weitere 12 Monate zurücklehnen müssten - dann würden sie ja auf jeden Fall Mitglied ...

### **Ohrfeige für die Türkei**

Mit dem Bericht "zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt" erteilte das EP Ankara eine regelrechte Ohrfeige: Wir stellten offiziell fest, dass der Reformprozess in der Türkei eingeschlafen ist und dass das Land bis heute kein einziges der Kopenhagener Vorbeitrittskriterien erfüllt. Es gibt sogar Rückschritte. Beschlossene Reformen werden nicht oder nur mangelhaft umgesetzt. Es ist zweifelhaft, ob Ministerpräsident Erdogan den EU-Beitritt überhaupt will, oder ob er die Reformen nur für seine eigenen Zwecke, die Islamisierung des Landes, ausnutzt. Seine Verweigerung der Anerkennung des Mitgliedstaates Zypern zeigt zumindest, dass er die EU nicht akzeptiert. Die Türkei ist in der Pflicht, hier endlich einzulenken! Sollte dies bis Ende 2006 nicht geschehen, müssen die Verhandlungen abgebrochen werden! Wenn wir wirklich wollen, dass sich in der Türkei etwas in Richtung Europa bewegt (was wir auch für die privilegierte Partnerschaft brauchen), müssen wir weiterhin Druck ausüben. Sollten aber jetzt unsere Staats- und Regierungschefs wieder einknicken, wird Europa endgültig eine Lachnummer für die Türkei. Dann können wir auch direkt der Türkei beitreten!

### **Saubere Luft für Europa**

Wegen der vielen Praxisprobleme will das EP die Feinstaub-Richtlinie praktikabler gestalten. Natürlich ist das Ziel nach wie vor die nachhaltige Verbesserung der

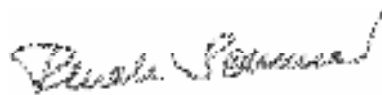
Luftqualität. Allerdings soll die bisherige Regelung, nach der die Tagesgrenzwerte für Feinstaub nur an 35 Tagen im Jahr überschritten werden können, geändert werden: In Städten, die auf Grund standortspezifischer Faktoren eine erhöhte Belastung haben, soll der Grenzwert zukünftig 55mal pro Jahr überschritten werden dürfen.

### **Städtische Umwelt - ein Thema für Europa?**

Die "thematische Strategie für die städtische Umwelt" regt eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den nationalen, regionalen und kommunalen Verwaltungen an und will den europaweiten Erfahrungsaustausch zwischen den Städten fördern. Da die Zuständigkeit des europäischen Gesetzgebers für diesen Bereich jedoch mehr als fraglich ist, hatte die Kommission lediglich Empfehlungen ausgesprochen. Dennoch versuchte der ungarische Parlamentsberichtersteller bis zuletzt, das Subsidiaritätsprinzip zu brechen und die Städte Europas durch gesetzliche Maßnahmen in die Knie zu zwingen. Als verantwortliche Berichterstellerin für die Christdemokraten im EP (EVP-Fraktion) gelang es mir, die Pläne des Kollegen Hegyi zu vereiteln: Es darf nicht sein, dass "Europa" bis in die letzten Ecken der Kommunen hineinregiert!

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüsse ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: [rsommer@europarl.eu.int](mailto:rsommer@europarl.eu.int)